

**Evangelische Volkspartei der Schweiz**

Niklaus Hari, Kommunikation

Josefstrasse 32

8023 Zürich

Tel. 044 272 71 00

Fax 044 272 14 37

Mobile 079 202 72 27

niklaus.hari@evppev.ch

www.evppev.ch

Bundesamt für Justiz

Bundesrain 20

3003 Bern

3. Februar 2006

**Ergänzende Massnahmen im Bereich des Strafrechts zur Umsetzung des Römer Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs**

**Vernehmlassungsantwort der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Sehr geehrte Damen und Herren

Die EVP bedankt sich für die Möglichkeit, innert erstreckter Frist zu den ergänzenden Massnahmen Stellung nehmen zu können. Sie tut dies entsprechend dem Fragenkatalog zum Vernehmlassungsverfahren wie folgt:

**1. Grundsätzliches**

**1.1.**

Die EVP befürwortet die Stossrichtung der vorgeschlagenen Anpassungen insbesondere im Bereich des StGB und des MStG. Insbesondere wird befürwortet, dass die Schweiz die entsprechenden Umsetzungsmassnahmen anhand nimmt und sich ihrer führenden Rolle bei den Verhandlungen über die Verbrechenstatbestände des Römer Statut und die sogenannten „Verbrechenselemente“ bewusst ist. In diesem Sinne darf und muss von der Schweiz erwartet werden, dass sie nicht nur das absolut Notwendige gemäss Römer Statut zur Durchsetzung der Strafbarkeit von schwerwiegenden Verletzungen des humanitären Völkerrechts unternimmt, sondern, wo sinnvoll, auch die Strafbarkeit von Tatbeständen im Schweizer Recht regelt, welche (noch nicht) einem umfassenden völkerrechtlichen Verbot unterliegen. In diesem Sinne wäre es sinnvoll und der führenden Rolle der Schweiz bei den Verhandlungen angemessen, wenn zusätzlich zum Römer Statut auch ausdrücklich der Gebrauch von Antipersonenminen in Art. 264<sup>novies</sup> Abs. 1 lit. d VE-StGB verboten würde. Dem sollte nicht entgegenstehen, dass der internationale Strafgerichtshof (IStGH) dieses Verbot noch nicht strafrechtlich verfolgen kann. Immerhin kann diesbezüglich auf die Ottawa-Konvention über das Verbot des Gebrauchs von Antipersonenminen verwiesen werden (erläuternder Bericht S. 98 f.). Einen ähnlichen Weg wird ja in Art. 264<sup>undecies</sup> VE-StGB gegangen, indem neue, seltenere und weniger schwerwiegende

*Kriegsverbrechen gleichwohl unter schweizerischem Recht strafbar sind, auch wenn sie nicht ausdrücklichem Gesetz entsprechen, sondern im Völkerrecht geregelt sind (Bericht S. 99 f.).*

#### *1.2.*

*Die EVP erachtet es als sachgerecht und gar notwendig, dass die einzelnen Tatbestände der Verbrechen gegen die Menschlichkeit und die schweren Kriegsverbrechen bei der Umsetzung in das Schweizer Recht ausdrücklich ausformuliert werden. Sie ist der Ansicht, dass dem Legalitätsprinzip insbesondere im Bereich von Strafbarkeitsbestimmungen von Tatbeständen derartiger Schwere grundlegende Bedeutung zukommt. Deshalb müssen die Straftatbestände im Einzelnen inhaltlich genügend bestimmt und klar sein, damit dem Einzelnen die Pflichten und Verbote bewusst sind und damit bei der Bestrafung in Anwendung dieser Tatbestände nicht unüberwindbare Schwierigkeiten entstehen.*

*In diesem Zusammenhang sind Zweifel an der Neufassung von Art. 264<sup>undecies</sup> VE-StGB angebracht. Hier werden auch andere Verstösse gegen das humanitäre Völkerrecht im Sinne eines Auffangtatbestandes als in der Schweiz strafbar erklärt, soweit die Schweiz solche Verletzungen in einem völkerrechtlichen Vertrag, im Völkergewohnheitsrecht oder im Statut eines internationalen Straftribunals zu bestrafen hat. Analog zur Kritik an Art. 109 MStG hinsichtlich des Legalitätsprinzips sind auch bei jener Bestimmung Bedenken diesbezüglich anzumelden. Auch wenn im Bericht (S. 100) die Ausformulierung der entsprechenden Tatbestände als aufwändig beschrieben wird, müsste nach Auffassung der EVP diese Aufgabe anhand genommen werden, wenn nicht im Rahmen dieser Umsetzungsmassnahmen, so doch in einem separaten Schritt.*

#### *1.3.*

*Die EVP ist auch der Ansicht, dass die einzelnen Tatbestände, welche den Völkermord, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit und die Kriegsverbrechen beinhalten können, in den bestehenden Gesetzen, insbesondere dem StGB und dem MStG, geregelt werden. Die Schaffung eines selbstständigen „Völkerstrafgesetzbuches“ erscheint weniger sinnvoll. Mit der Eingliederung in die bestehenden Gesetze kommt diesen Straftatbeständen die notwendige Bedeutung zu. Auch führte mit einem separaten Gesetz die Abgrenzung und die Übereinstimmung insbesondere mit den allgemeinen Regelungen im StGB und im MStG zu Schwierigkeiten.*

## **2. Geltungsbereich des schweizerischen Strafrechts**

*Die EVP begrüsst die Festsetzung des Universalitätsprinzips in der Schweiz bei der Verfolgung von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen, obwohl die Schweiz dazu nicht direkt aus dem Römer Statut verpflichtet ist. Die Anwendung des Universalitätsprinzips in der Schweiz führt u.a. dazu, dass solche Verbrechen, selbst wenn sie in Staaten, welche dem Römer Statut nicht unterstehen, begangen werden, verfolgt werden können. Damit werden Lücken in der Strafverfolgung solcher Verbrechen geschlossen. Im Sinne der lückenlosen Durchsetzung der Strafbarkeit solcher Völkerrechtsverbrechen ist diese geplante Regelung ausdrücklich zu begrüßen. Damit kann auch vermieden werden, dass sich die Schweiz als Territorium für Völkerrechtsverbrecher anbietet.*

*Bekanntlich sind es im Wesentlichen zwei Voraussetzungen, welche die Strafbarkeit in der Schweiz begründen, nämlich dass sich der Täter in der Schweiz befindet und dass seine Auslieferung nicht möglich ist (unter Auslieferung fällt auch die Überstellung an ein internationales Strafgericht). Richtig ist nach Meinung der EVP, dass auf das Erfordernis der Strafbarkeit solcher Verbrechen im Ausland verzichtet wird, weil insbesondere bei innerstaatlichen Konflikten solche Verbrechen zuweilen nicht strafbar sind oder lediglich in einem symbolischen Ausmass. Damit wird dem Recht auch international zur Durchsetzung verholfen.*

*Seit 01. Juni 2004 ist das Universalitätsprinzip eingeschränkt durch das zusätzliche Erfordernis, dass der in der Schweiz befindliche Täter einen „engen Bezug“ zur Schweiz aufweisen müsse. Darunter werden beispielsweise Wohnsitznahme, Grundeigentum in der Schweiz, Aufenthalt naher Familienangehöriger in der Schweiz etc. verstanden. Es sollte damit verhindert werden, dass Strafverfahren gegen Personen, welche sich lediglich kurzfristig und eher zufällig in der Schweiz aufhalten, geführt werden müssen. Dieser Einschränkung kann sich die EVP nicht anschliessen. Sie verträgt sich schlecht mit der führenden Rolle der Schweiz im Bereich der internationalen Verfolgung von Völkerrechtsverbrechern. Insbesondere würden vom IStGH nicht verfolgte Taten ungesühnt bleiben, selbst wenn sich der Täter in der Schweiz aufhält. Dies widerspricht dem Gerechtigkeitsgedanken und insbesondere auch dem internationalen Ansehen der Schweiz.*

*Die Bedenken, die zu dieser Einschränkung geführt haben, sind unbegründet. Aussichtslose Verfahren werden in der Schweiz nicht geführt. Es kann somit davon ausgegangen werden, dass aufwändige Prozesse, die von vornherein als aussichtslos erscheinen, gar nicht erst angehoben werden. Auch die befürchteten Nachteile der Schweiz als Sitz verschiedener internationaler Organisationen bestehen zufolge der völkerrechtlichen Immunität nicht.*

*Eine solche Einschränkung ist auch deshalb nicht opportun, weil sie im „gewöhnlichen“ Strafrecht nicht bekannt ist. Wenn solche „normalen“ Auslandstaten von Ausländern unter den gegebenen Voraussetzungen in der Schweiz verfolgt werden können und müssen, so ist dies umsomehr für die hier zur Diskussion stehenden Völkerrechtsverbrechen zu fordern.*

*Schliesslich verstösst diese Einschränkung gegen die vertraglichen Strafrechtsverpflichtungen der Schweiz im Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe sowie im Genfer Abkommen von 1949 zum Schutze der Kriegsgesopfer und das 1. Zusatzprotokoll von 1977 (Bericht S. 44 f.).*

*Auf das einschränkende Element des „engen Bezugs“ zur Schweiz soll deshalb verzichtet werden, zumal letztlich auch dieser unbestimmte Rechtsbegriff zu Anwendungsproblemen führen wird.*

### **3. Zuständigkeit der Zivil- und Militärjustiz**

*Die Neuverteilung der Zuständigkeit erscheint insgesamt sinnvoll. Theoretisch wünschbar wäre selbstverständlich, dass lediglich eine Zuständigkeit, sei es jene der Zivil- oder jene der Militärjustiz, bestünde, damit die Strafverfolgungskompetenz und damit –erfahrung auf ein einziges Gericht und eine einzige Strafverfolgungsbehörde konzentriert werden könnten.*

*Sinnvoll ist es aber sicherlich, wenn auch in Friedenszeiten Personen mit schweizerischem militärischen Statut der Militärgerichtsbarkeit unterstellt sind, wenn sie im In- oder Ausland ein Kriegsverbrechen begehen. Fragen kann man sich allerdings, ob es sinnvoll ist, die Militärjustiz auch dann für zuständig zu erklären, wenn Personen mit schweizerischem militärischen Statut im Ausland Opfer von Völkerrechtsverbrechen werden. Vorstellbar ist, dass auch solche Fälle der zivilen Gerichtsbarkeit unterstehen. Denkbar sind beispielsweise Fälle, in welchen Personen, die Friedensförderungsdienst im Ausland leisten, Opfer von Kriegsverbrechen werden. Dass lediglich wegen ihrer Stellung in solchen Fällen die Militärjustiz zuständig sein soll, ist nicht recht einsehbar.*

*In Kriegszeiten, das heisst in Zeiten, in welchen sich die Schweiz im Krieg befindet, soll die integrale Zuständigkeit der Militärjustiz Anwendung finden. Hier ist zu berücksichtigen, dass gemäss Art. 5 MStG die für die Kriegszeiten geltenden Bestimmungen nicht nur in Kriegszeiten zur Anwendung gelangen, sondern auch dann, wenn der Bundesrat bei unmittelbar drohender Kriegsgefahr ihre Anwendung beschliesst. In diesem Zusammenhang erscheint die Militärgerichtsbarkeit sachgerecht.*

#### **4. Zuständigkeit von Bund und Kantonen**

*Die EVP ist damit einverstanden und es erscheint ihr als sinnvoll, im Rahmen der Zuständigkeit der Ziviljustiz die Strafverfolgungsbehörden des Bundes in Verfahren wegen Völkermordes, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen für zuständig zu erklären und eine Delegation an die Kantone nur in einfachen Fällen zu ermöglichen. Damit bleiben solche Verfahren beim Bund konzentriert und es können entsprechende Kompetenzen aufgebaut und erhalten werden.*

#### **5. Strafen**

*Die im Gesetzesentwurf enthaltenen Strafrahmen erscheinen angemessen. Eine weitere Differenzierung innerhalb der einzelnen Tatbestände erscheint nicht notwendig. Es liegt im Ermessen des Richters, die Strafe im Einzelfall festzusetzen.*

#### **6. Übereinkommen der UNO und des Europarates betreffend die Unverjährbarkeit von Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen**

*Auch der EVP erscheint es vertretbar, wenn die Schweiz den beiden Übereinkommen nicht beitrifft. Damit soll der Tatsache Rechnung getragen werden, dass die beiden älteren (1968 beziehungsweise 1974) Vertragswerke bezüglich der unverjährbaren Tatbestände nicht dem aktuellen Stand des Völkerrechts entsprechen. Die Unverjährbarkeit der Völkerrechtsverbrechen im Schweizer Recht wird ja nun im Entwurf vorgesehen. Damit übernimmt die Schweiz inhaltlich bezüglich der Unverjährbarkeit insgesamt die beiden Übereinkommen und passt sie den aktuellen völkerrechtlichen Gegebenheiten an. Zudem ist ebenfalls zu berücksichtigen, dass die UNO-Konvention von 1968 zur Folge hätte, dass die Schweiz dem innerstaatlichen Verbot der rückwirkenden Anwendung von Strafgesetzen zuwiderhandeln müsste. Schliesslich enthält die UNO-Konvention keine Bestimmungen über die Kündbarkeit.*

*Insgesamt reichen somit die innerstaatlichen Bestimmungen über die Unverjährbarkeit von Völkerrechtsverbrechen aus und ein Beitritt zu den beiden Übereinkommen ist nicht notwendig (Bericht S. 60).*

*Insgesamt begrüsst die EVP den vorliegenden Vorentwurf mit den Einschränkungen und zusätzlichen Wünschen, wie sie soeben dargelegt worden sind.*

*Freundliche Grüsse*

**EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)**



Parteipräsident und Nationalrat  
Dr. Ruedi Aeschbacher



Generalsekretär  
Joel Blunier